

1 DIE LINKE. Berlin  
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung  
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Antrag A29**

6 **Antragsteller\*in:** Basisgruppe Neukölln Süd

## 7 **Ablehnung der Verschärfung des Polizeigesetzes**

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9 1.a)

10 Der Parteitag lehnt jede Verschärfung des Berliner Polizeigesetzes, dem Allgemeinen Sicherheits-  
11 und Ordnungsgesetz), ab. Wenn andere Bundesländer ihre Polizeigesetze verschärfen, muss Berlin  
12 dagegenhalten und nicht anderen Ländern folgen.

13 Die Losung "Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten" darf nicht zur Grundlage  
14 linker und jedweder Innenpolitik werden.

15

16 1.b)

17 Ferner sollte es nicht zulässig sein, dass die Polizei bei ihren Einsätzen die sogenannten „Taser“  
18 benutzen darf, diese Waffe könnte im Anwendungsfalle den Tod des Betroffenen zur Folge haben.

19

20 2.

21 Bürger\*innenrechte sind Freiheitsrechte. Wir lehnen daher die Beschaffung von sogenannten  
22 Gefahrengebieten, als Kriminalitätsbelastete Orte (KBO) in Berlin ab. An diesen Orten darf die  
23 Polizei bislang anlasslos Menschen kontrollieren, was immer wieder zur Racial Profiling und  
24 sinnlosen Eingriffen in die Grundrechte der Menschen führt. Wir fordern daher die Aufhebung  
25 der KBO in ganz Berlin.

26 Bis zur Abschaffung der KBO sind diese räumlich konkret zu veröffentlichen und die  
27 entsprechenden Gebiete im Straßenbild zu kennzeichnen wie es z.B. in Bremen, Hamburg oder  
28 Leipzig üblich ist. Die Bürger\*innen Berlins haben ein Recht darauf zu erfahren, ob sie sich in  
29 einem öffentlichen Raum bewegen, in dem sie jederzeit Ziel einer polizeilichen Maßnahme  
30 werden können.

31

32 3.

33 Wir sind ebenso gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung in Berlin. Das Volksbegehren von  
34 Ex- Justizsenator Heilmann (CDU) und Ex- Bezirksbürgermeister Buschkowsky (SPD) für mehr  
35 Videoüberwachung verdrängt die Suche nach Lösungen sozialer Ursachen als Ursprung von  
36 Kriminalität. Unter dem Deckmantel der intelligenten Videoaufklärung wird verschleiert, was  
37 Videoüberwachung in Zukunft in Berlin können soll: automatisch Gespräche aufzeichnen und  
38 Gesichter erkennen. Daher lehnen wir den Einsatz der sogenannten Videowagen vehement ab.  
39 Diese Wagen haben während ihrer Testphase schon bewiesen, dass (mobile) Videoüberwachung  
40 keinen Nutzen hat.

41

42 4.

43 Der Landesparteitag Berlin (der LINKEN) missbilligt sämtliche Verschärfungen der jüngsten  
44 beschlossenen Landespolizeigesetze als demokratiefeindlich, insbesondere die 2017 in Bayern

45 beschlossenen Gesetzesverschärfungen. Desgleichen aber auch den für Brandenburg nicht  
46 öffentlichen Entwurf für eine Verschärfung des hiesigen Polizeigesetzes, der  
47 Aufenthaltsanordnungen, Kontaktverbote und elektronische Aufenthaltsüberwachungen  
48 (EAÜ)vorsieht.

49 Steigende Kriminalität ist letztlich der Ausdruck sich verschärfender Interessengegensätze. Nur  
50 mittels eines „Solidarischen“ gesellschaftlichen Handelns, kann Kriminalität abgebaut werden.

51 Begründung:

52 erfolgt mündlich